

insbesondere im Zusammenhang mit der kaum geleisteten Schulungsarbeit (vgl. S. 360 f.). Das Problem, das sich stellt, ist die Verschmelzung des wissenschaftlichen Sozialismus mit der bestehenden radikalen Strömung in der Arbeiterklasse. Ein Versuch wurde von der (Studenten-)Organisation »Mot Dag« eingeleitet. Aber »Mot Dags« Stellung war nicht nur die einer marxistischen Studienorganisation, sondern »Mot Dag« entwickelte auch eine selbständige politische Linie, die ihr Verhältnis zu den anderen (großen) Organisationen der Arbeiterbewegung erheblich komplizierte. Die Organisation war 1922 bis 1925 Mitglied der DNA. Sie und ihr führender Kopf, Erling Falk, waren wesentlich an den innerparteilichen Auseinandersetzungen um die Rolle der Partei und das Verhältnis zur KI beteiligt. Schon sehr bald nach der Parteispaltung geriet »Mot Dag« aber in einen Gegensatz zur DNA-Führung, der gegenüber »Mot Dag« einen in etwa als links zu bezeichnenden Standpunkt einnahm. Dieser Gegensatz endete mit dem Ausschluß von »Mot Dag« aus der DNA und führte (1925—1927) zur Existenz einer dritten sich revolutionär verstehenden Richtung in der norwegischen Arbeiterbewegung. 1927 schloß sich diese »Arbeiter-Opposition« der NKP an, es kam aber schon 1928 wieder zum Austritt und zur Neugründung von »Mot Dag« als einer Organisation vor allem für Studenten und Akademiker, die auch noch bis 1929 die Schulungsarbeit der NKP leitete. »Mot Dag« war in den nächsten Jahren führend an der norwegischen »Kapital«-Übersetzung wie auch an dem 6bändigen Arbeiter-Lexikon beteiligt. 1936 löste die Organisation sich in der DNA auf.

»Mot Dags« Versuch einer marxistischen Arbeiterbildung in Verbindung mit der Partei mißlang also offensichtlich. Es ist aber auch ein Problem, ob Arbeiterbildung überhaupt in einer abstrakten Form einen Sinn haben kann. Eine in der Arbeiterklasse entstehende radikale Richtung wird sich aber — um ihr gesellschaftsveränderndes Ziel erreichen zu können und nicht in bloßer Militanz zu versinken — den wissenschaftlichen Sozialismus aneignen müssen. Ein sozusagen vorindustrieller Radikalismus, wie er in Norwegen entstand (und wie er auch für den spanischen Syndikalismus bezeichnend gewesen sein dürfte), wird nicht lange ohne unmittelbare Erfolge überleben können, ohne sich in seine einzelnen Bestandteile aufzulösen, es sei denn, er wird »marxistisch«. In Norwegen gelang diese Verschmelzung nicht, und der Radikalismus hat sich nach und nach verflüchtigt bzw. flackert hier und da mal wieder auf. Der Radikalismus in der Art Martin Tranmøels, der *auch* aus einem Widerspruch zwischen Zentralismus und Föderalismus lebte (z. T. geographisch bedingt im Gegensatz Oslo — Provinz) und damit die Selbsttätigkeit der Arbeiter fördern wollte, scheiterte schließlich auch, weil er dieses Problem nicht lösen konnte.

Mit dieser Arbeit liegt eine sehr informative und differenzierte Analyse der wichtigsten politischen Richtungen in der norwegischen Arbeiterbewegung in dieser Periode vor. Die Entwicklung der sozialdemokratischen Partei (1921 bis 1927) und der Gewerkschaften wird, wo es notwendig erscheint, mit einbezogen. Die Ursachen für das Entstehen und den Niedergang der kommunistischen Bewegung in Norwegen sind teils spezifischer Natur — aber auch für andere von Bedeutung —, teils haben sie allgemeine Geltung. Ihr Zusammenhang — der das Zentrale an dieser Geschichte ist — wird in der Arbeit sehr qualifiziert analysiert.

Gerd Callesen

Wilhelm Hoegner, Flucht vor Hitler. Erinnerungen an die Kapitulation der ersten deutschen Republik 1933. Mit einem Nachwort von Wolfgang Jean Stock, Nymphenburger Verlagshandlung, München 1977, 2. Aufl. 1978, 296 S., Ln., 26 DM.

In der Emigrationsliteratur der 30er und 40er Jahre ist kein Thema so oft erörtert und so schrill umstritten wie das des Untergangs des ersten demokratischen Experiments der Deutschen, der Weimarer Republik; kein Gebiet eignete sich so trefflich wie gerade dieses: Die

ohnmächtige Wut über das eigene Versagen, das Versagen der Demokraten gegenüber den Demagogen, verband sich hier in größter Leichtigkeit mit den klassischen Symptomen des Emigrantensyndroms, mit Realitätsverlust, Drang zur Selbstrechtfertigung und der Sehnsucht nach der Rückkehr zur Welt von einst. Es gibt nicht allzu viele Werke aus dieser Epoche, die nicht vornehmlich den Eindruck der gequälten Nabelschau vermitteln, und man mag zögern, dem anzuzeigenden Werk einen höheren Rang zuzumessen.

Kein Zweifel, der Tenor der Schrift des bayerischen SPD-Reichstagsabgeordneten und Münchner Staatsanwalts ist bestimmt von der erbitterten Auseinandersetzung mit der Politik des sozialdemokratischen Parteivorstands. Eine Abrechnung also, wie sie in der sozialdemokratischen Emigrationsliteratur geradezu Mode war, ein Buch im Stile der Geyer, »Miles«, Sievers, Bauer, Siemsen oder Leichter? Gewiß ist es das auch; der schrille Ton der Enttäuschung, des Gefühls der verratenen Gefolgschaft schlägt immer wieder durch, ein Grund dafür, daß der sozialdemokratische Jean-Christophe-Verlag in Zürich im Jahr 1937 das Manuskript zur Veröffentlichung als nicht geeignet befand, mit der Begründung: »Viele Genossen müßten das Buch als einen Rückenschuß empfinden.« In seiner langen Erwiderung, von Wolfgang Jean Stock dankenswerterweise in seinem Nachwort abgedruckt, bestätigt Hoegner die Einschätzung des Verlegers durchaus, wenn er unterstreicht, »daß die Arbeiterbewegung nicht gesunden kann, wenn sie sich nicht rücksichtslos von Persönlichkeiten reinigt, die in ruhigen Zeiten anmaßend und unnahbar, diktatorisch und geschäftstüchtig, im Ernstfall aber unfähig, entschlußlos, feig und nur auf die eigene Rettung bedacht sind[...]«. Ein Pamphlet also, eine Kampfschrift, und dennoch mehr als das. Was dieses Buch zu einer Quelle von zeitgeschichtlichem Rang macht, ist der Abstand, den der Verfasser trotz seiner Betroffenheit zu seinem Gegenstand besitzt. Hoegner ist kein Mann aus dem Zentrum der Macht seiner Partei, er kommt von der Peripherie. Als bayerischer Sozialdemokrat stand er den zentralen Gremien seiner Partei, die wesentlich preußisch geprägt war, nicht nur äußerlich fern; die süddeutsche SPD fußte auf Traditionen, die denen der norddeutschen durchaus nicht glichen, ihr politisch-soziales Ambiente war seit jeher liberaler und humaner gewesen als das preußische, es fehlte jene festzementierte Trennlinie, die nördlich der Mainlinie die Arbeiterschaft vom Bürgertum, die SPD vom bürgerlichen Obrigkeitsstaat getrennt hatte. Was die norddeutschen Genossen in völliger Verkennung der andersgearteten Umstände als »königlich-bayerische Sozialdemokratie« verspotteten, war in Wirklichkeit immer Folge eines milderen Sozialklimas gewesen, in dem Verkampfungen ausblieben, die der preußischen und damit auch der deutschen SPD das Leben im Gegenwartsstaat auch dann noch so furchtbar schwer machten, als sie bereits in der Weimarer Zeit die eigentlich tragende Stütze des Staates geworden war. Aus bayerischer Perspektive sah man diese Verkampfungen deutlich, und ihr Anteil an der Rolle, die die SPD in den letzten Monaten der Weimarer Zeit spielte, war Hoegner schmerzhaft bewußt.

Es ist diese Perspektive des Außenseiters, als der Hoegner sich zeitlebens fühlte, die seinen Blick für die Hemmnisse und Grenzen sozialdemokratischer Politik in der Endphase von Weimar schärft und weit über seine persönliche Berührtheit hinaus hohe analytische Qualität begründet. Er beschreibt, was den Beobachter auch heute noch fasziniert: die Hilflosigkeit einer Parteiführung, die, gewohnt, ihre Partei tüchtig, aufopferungsvoll und bürokratisch zu verwalten, nun plötzlich vor dem Machtanspruch des autoritären Präsidialregimes und der totalitären Hitlerei zur Entfaltung politischer Phantasie und undogmatischer Aktion aufgefordert ist und wahrhaft kläglich versagt. Nirgendwo ist der Rückzug dieser Parteiführung in das Schneckenhaus des Organisationspatriotismus, ihre Beschränkung auf eine »Theorie der Untätigkeit« (E. Matthias) so beklemmend dargestellt wie in der Schrift dieses zornig-anklagenden Beobachters. Die Ursachen, die Hoegner anführt, sind im Grunde dieselben, die Robert Michels bereits eine Generation zuvor angeprangert hatte: die Bürokratisierung des Parteiapparats, verhängnisvoll verschlimmert durch den Einfluß preußischer Organisationsprin-

zipien, die Befehl und Gehorsam für den Inbegriff der Solidarität ausgaben, und durch die Herrschaft der Alten, die den Jungen den Weg versperrten: »Wie alte, lächerlich gewordene Schauspieler oder Sängerinnen merken sie nie, wann der Vorhang gefallen ist.«

Im nachhinein gibt es manches, worin Hoegner nicht recht behielt: Seine Anklage gegen den Parteivorstand, der ins Ausland ging, wo es darum gegangen sei, zu bleiben und die Fahne hoch zu halten, wirkt heute wirklichkeitsfremd, seine Forderung, noch nach dem Reichstagsbrand zum offenen Kampf gegen das Regime anzutreten, gleicht der Stimmung des Offiziers, der nach verlorenem Krieg den Heldentod auf dem Schlachtfeld sucht. Aber die Untätigkeit der Partei vor dem 30. Januar 1933, dieser selbstzufriedene Rückzug auf die Positionen, die man vor 1917 eingenommen hatte, dieser selbstmörderische Attentismus: Das alles belegt und kritisiert Hoegner mit höchster und sensibler Beobachtungskraft und wohlbegründet.

Für den Historiker ist die späte Veröffentlichung dieses Buches hochwillkommen. Zwar hat Hoegner vieles daraus bereits in seinen 1959 erschienenen Memoiren<sup>1</sup> verarbeitet, und so ist nichts eigentlich neu; aber die wesentlich größere Distanz zu den Geschehnissen ging seinerzeit auf Kosten der Authentizität und Intensität der Darstellung. Der größere zeitliche Rahmen bedingte eine erhebliche Kürzung und Straffung, nicht nur auf Kosten der Darstellungsbreite, sondern gelegentlich auch der Genauigkeit. Vor allem aber liefert die nun erschlossene Quelle einen Einblick in Stimmungen und Entscheidungssituationen, die die Protokolle und Zeitungsartikel jener Monate erst zum Leben erwecken und ihr Verständnis ermöglichen. Besonders jenen, die als rückwärtsgewandte Propheten gewohnt sind, mit politisch-moralischem Rigorismus vergangene Entscheidungssituationen zu beurteilen, sei die Lektüre des angezeigten Werks empfohlen: Nicht Verräter oder Saboteure, nicht einmal unfähige Bürokraten treten hier hervor, sondern zuverlässige Verwalter, alterprobte Genossen, denen nur zweierlei fehlte: die Phantasie, neue Wege abseits der eingefahrenen Pfade untauglicher Strategien aufzusuchen, oder aber der Mut, sie auch zu begehen.

Hagen Schulze

Ernst-Ulrich Huster, Die Politik der SPD 1945 — 1950 (= campus Studium: Kritische Sozialwissenschaft 542), Campus Verlag, Frankfurt/New York 1978, VIII, 232 S., kart., 19 DM.

Die wissenschaftliche Bearbeitung der Rekonstruktion des politischen und sozialen Gefüges Deutschlands in der ersten Nachkriegsphase bis in die Anfangsgeschichte der Bundesrepublik kommt allmählich auf Touren. Daß dabei den politischen Parteien besonderes Augenmerk gilt, ist zumindest dann berechtigt, wenn es in den einzelnen Untersuchungen gelingt, Parteiprogrammatik und -geschichte in ein ökonomisch-soziales Umfeld einzubetten, die Politik der Parteien nicht als Realisierung ideengeschichtlicher Überlegungen zu verstehen, sondern als Versuch, unter Berücksichtigung des materiellen Rahmens — im weitesten Sinne des Wortes — politische Gestaltungsversuche zu unternehmen und dabei die eigene Programmatik als veränderbaren Faktor zu begreifen.

Ernst-Ulrich Huster stellt sich in der bearbeiteten Fassung seiner 1976 angenommenen Dissertation mit dem Titel: »Sozialdemokratie und Restauration — zum Verhältnis von Politik und Ökonomie in der Neuordnungspolitik der SPD während der Restitutionsphase Westdeutschlands« diesem Anspruch. Mit einem »politisch-soziologischen Ansatz« soll vermieden werden, sozialdemokratische Politik zu segmentieren, Einzelaspekte zu verallgemeinern: Vielmehr sollen politische und soziale Prozesse und Strukturen wie deren theoretische und programmatische Reflexion dem kategorialen Gesamtzusammenhang der bürgerlich-kapitali-

1 Wilhelm Hoegner, Der schwierige Außenseiter. Erinnerungen eines Abgeordneten, Emigranten und Ministerpräsidenten, München 1959.